

Skandalöser Sitzungsboykott von Postaufsichtsratschef Michaelis

Utl.: Trotz korrekter Einberufung bleiben Michaelis und alle anderen Kapitalvertreter fern =

Postaufsichtsratsvorsitzender Michaelis hat am 29. Juni 2010 die von den vier Belegschaftsvertretern entsprechend dem Aktiengesetz und der Satzung der Post AG korrekt einberufene Aufsichtsratssitzung boykottiert und ist der Sitzung gesetzwidrig ferngeblieben. Neben Michaelis war trotz der ernststen Situation im Filialnetz auch kein anderer Kapitalvertreter anwesend. +++

Das Defizit der Postfilialen hat sich von 2008 auf 2009 von minus 15,9 Millionen Euro auf 33,2 Millionen Euro - trotz massiver Postamtsschließungen und Umwandlungen in Postpartner - mehr als verdoppelt. Gleichzeitig werden die Postamtsschließungen und die Eröffnung von neuen Postpartnern mit voller Geschwindigkeit vom zuständigen Postvorstand fortgesetzt.

Zentralausschuss-Vorsitzender Gerhard Fritz dazu: „Da alle Aufsichtsratsmitglieder in Kenntnis dieses Sachverhalts sind, ist das Fernbleiben von Aufsichtsratschef Michaelis und der anderen Aufsichtsratsmitglieder inakzeptabel, verantwortungslos und rechtlich bedenklich. Dieses unfassbare Vorgehen kann nicht ohne Konsequenzen bleiben.“

„Der Mehrheitseigentümer der Post, Finanzminister Pröll wird von uns über das skandalöse Vorgehen von Aufsichtsratsvorsitzenden Michaelis und der ebenfalls fern gebliebenen Kapitalvertreter in Kenntnis gesetzt. Es ist für uns unvorstellbar, dass Minister Pröll als zuständiges Regierungsmitglied das wiederholt verantwortungslose Verhalten seines ÖIAG-Vorstandes akzeptiert und toleriert“, so Gerhard Fritz weiter. Bereits vor Wochen gerieten die Kapitalvertreter des Aufsichtsrates ins Kreuzfeuer medialer Kritik, als sie sich trotz des wirtschaftlich schwierigen Umfeldes mittels Beschluss selbst die eigenen Aufsichtsratsvergütungen erhöhen wollten.

Noch heute wird die Belegschaftsvertretung Rechtsanwälte beauftragen, um alle möglichen rechtlichen Schritte, sowohl aktienrechtlich als auch arbeitsverfassungsrechtlich zu prüfen und gegebenenfalls die notwendigen Schritte bei den zuständigen Gerichten, der Staatsanwaltschaft und eventuell auch beim Rechnungshof einzuleiten. Ergänzend dazu wurde heute dem Postvorstand und dem Aufsichtsrat von der Arbeitnehmervertretung ein Konzept für die Erhaltung von Postfilialen übermittelt. Damit will die Personalvertretung zukünftig hunderte eigenbetriebene Postfilialen am Land retten.

ÖGB, 29. Juni 2010